

Antwort GEW Stuttgart

1. Die Linke hat sich im Bundestag für ein „Kitaqualitätsgesetz“ ausgesprochen, finanziert aus der im Haushalt ursprünglich für das Betreuungsgeld eingestellten Milliarde. Eine gute frühkindliche Bildung kann Kinderarmut nicht beseitigen, gibt Kindern aber gerechtere Chancen. Wichtig ist ein guter Standard für die Fachkraft-Kind-Relation. Wir wollen die Elternbeitragsfreiheit, damit nicht am Ende die Beiträge entscheiden, ob ein Kind in die Kita geht oder zu Hause bleibt. Wir wollen gutes, hochwertiges Mittagessen. Wir wollen die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, die dieses Jahr zu Recht für bessere Arbeitsbedingungen gestreikt haben, durch weniger Stress und bessere Bezahlung deutlich verbessern.

2. Die Zuweisungen für Ganztagschulen wurden leider verschlechtert, die Altmodelle erhielten noch die notwendigen 10 Lehrerstunden pro Klasse aus Enquetemitteln. Dies muss eine Zielmarke sein. Die Monetarisierung von Lehrerstellen lehnen wir ab. Lehrkräfte werden für die Förderung (Flüchtlinge, soziale Schieflage) dringend gebraucht. Zusätzliches Personal muss ergänzend finanziert werden. Ganztageschule darf kein Einfallstor für prekäre Beschäftigung werden, was sie heute oft ist. Für die Ausstattung gibt es noch keinen Standard und oft Provisorien. Hier müssen die Schulbaurichtlinien verbessert werden und vor allem das Land an den Umbaukosten und der Ausstattung beteiligt werden („pädagogische Modernisierung“, Städtetag). Fatal wirkt sich dafür das auch von den Regierungsparteien beschlossene Kooperationsverbot aus, das es dem Bund verbietet, sich an der Finanzierung von Schulen zu beteiligen. Qualitativ hochwertige Ganztageschulen, die Defizite ausgleichen können, müssen rhythmisiert werden und daher gebunden sein. Dies ist zunehmend auch an Realschulen und Gymnasien notwendig.

3. Wir unterstützen den Anspruch auf ein inklusives Bildungsangebot. Um dem momentanen Mangel an Sonderschullehrkräften abzuweichen, müssen insbesondere Lehrkräfte von auslaufenden Hauptschulen die Möglichkeit erhalten, schnell die notwendigen Zusatzqualifikationen zu erwerben.

4. Wir setzen uns dafür ein, dass tatsächlich eine Schule für alle angestrebt wird. Wir unterstützen den Ausbau und die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsschule, leider ist Stuttgart eines der Schlusslichter. Insbesondere braucht die GMS einen verlässlichen Anschluss in die gymnasiale Oberstufe und auch *tatsächlich* den Einsatz von Lehrkräften aus Gymnasien, Realschulen und Werkrealschulen zu je einem Drittel, sonst wird es ihr nicht gelingen, Schülerinnen und Schüler mit Gymnasialempfehlung zu gewinnen.

5. Die schwierige Aufgabe, zunehmend zu differenzieren, ist nur leistbar, wenn die Klassenfrequenz gesenkt wird. Vordringlich ist dies dort, wo in verschiedenen Niveaus unterrichtet wird. Zudem fordern wir einen *Sozialindex* bei Lehrerzuweisung und Klassengröße, der es ermöglicht, die Klassengrößen z.B. bei hohem Migrantenanteil zu senken. Die derzeitige Art der Zuweisung benachteiligt die Städte massiv.

6. Schulsozialarbeit ist zunehmend an allen Schularten notwendig. Hier sollten vom Land Standards gesetzt werden, ebenfalls unter Berücksichtigung eines Sozialindex.

7. Langfristig bedarf es einer grundlegenden Reform der gymnasialen Oberstufe, die am allgemeinbildenden Gymnasium zu einseitig ausgerichtet ist, was für viele Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule zu Problemen führen wird. Die beruflichen Schulen haben

hier eine wichtige Funktion und sind schon bisher gerade für Schülerinnen und Schüler wichtig, die nach der Grundschule den Sprung aufs Gymnasium (noch) nicht schaffen. Schülerinnen und Schüler mit Mittlerem Abschluss müssen hier Anschlüsse finden, dass das Angebot weiter erhalten und –auch in Kooperation mit dem GMS- ausgebaut wird.

8. Eine Verbesserung der Schulbaurichtlinien (Schallschutz) ist nicht nur für Lehrkräfte, sondern auch für Schülerinnen und Schüler – besonders bei differenziertem Arbeiten!- notwendig. Wir schließen uns der Forderung des Städtetags an, dass das Land die „pädagogische Modernisierung“ von Schulgebäuden finanziell unterstützen muss.

9. Bei Übergangsquoten bis zu 70% (Heidelberg, Stuttgart 54%) kann sich das Gymnasium nicht mehr nur auf das obere Leistungsviertel ausrichten (E-Niveau). Alle Schularten müssen differenziert auf ihre Schülerschaft eingehen, d.h. meistens auch das M-Niveau anbieten. Dafür brauchen sie aber auch die entsprechenden Ressourcen und die entsprechende Lernzeit.

10. Die Benachteiligung der Hauptschullehrkräfte war schon bisher nicht gerechtfertigt, ihre Arbeit war bestimmt nicht weniger anspruchsvoll. Durch das Hauptschulsterben müssen sie nun ihre unverzichtbaren pädagogischen Kompetenzen an den anderen Schularten einbringen. Dort darf es kein Zweiklassensystem geben, daher unterstützen wir die Forderung der GEW-Fachgruppe Hauptschulen nach einer schnellen Angleichung auf A13. Langfristig dürfen aber auch die Lehrerinnen und Lehrer der Grundschulen nicht abgehängt werden.

11. Angesichts des akuten Lehrermangels ist die Absenkung der Eingangsbesoldung ein verhängnisvoller Schritt, der umgehend korrigiert werden muss.

12. Wir setzen uns für eine gleiche Bezahlung von beamteten und tarifbeschäftigten Lehrkräften ein. Es bedarf aber auch eines erheblich größeren Drucks von Seiten der Gewerkschaften und vor allem mehr Solidarität unter den Beschäftigtengruppen.

13. Wir beobachten mit Sorge eine Verdrängungskonkurrenz bei den Vorbereitungsklassen – Kinder mit Sprachförderbedarf werden herausgenommen, um Platz zu schaffen für Flüchtlinge. Grund sind meist fehlende Lehrkräfte. Zudem wurde die Ausbildung in Deutsch als Zweitsprache und Fortbildung von der Landesregierung nur im Schmalspurmodus betrieben. Das lässt sich kurzfristig nur durch eine massive Aufstockung der Fortbildung korrigieren. Die Erwachsenenbildung muss langfristig zu einer dritten Säule im Bildungsbereich ausgebaut werden mit entsprechenden Beschäftigungsverhältnissen.